



Grüß Gott liebe Freunde,

der Bund möchte die Digitalisierung der Schulen mit fünf Milliarden Euro fördern. Aktuell gibt es darüber aber noch Klärungsbedarf zwischen Bund und Ländern, daher wurde ein Vermittlungsausschuss eingesetzt. Unser Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU im Bundestag, Stefan Müller, sieht die Notwendigkeit, die Zuständigkeiten grundsätzlich neu zu ordnen. Zudem schlägt die Debatte um die Mobilität der Zukunft, Fahrverbote sowie den Diesel nach wie vor hohe Wellen. Dazu habe ich mich parteiübergreifend mit einem Gremium aus Wirtschaft und Politik zu einem Gespräch im Berliner Büro getroffen, um zur Sachlichkeit zurückzukehren.



© Florian Obner MdB

Abgesehen davon haben wir in der gemeinsamen CDU/CSU-Fraktionssitzung mit unserem Europaabgeordneten und Spitzenkandidaten Manfred Weber diskutiert. Für seine Aussagen zu einem „starken Europa der Regionen“ sowie zur Schärfung unseres bürgerlichen Profils bekam er sehr starken Beifall der Bundestagsabgeordneten. Die gesamte Unionsfraktion und Ministerpräsident Dr. Markus Söder mit Generalsekretär Markus Blume gaben bei diesem Treffen in Berlin Manfred Weber starke Rückendeckung für die Europawahl am 26. Mai.



© Florian Oßner MdB

Am Donnerstag sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zusammengekommen, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Neben Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sprach der Holocaust-Überlebende Professor Saul Friedländer im Rahmen der Gedenkveranstaltung. Er betonte in seiner Rede, dass die Verteidigung des Existenzrechts Israels eine moralische Verpflichtung sei. Zudem bekam ich im Rahmen des Sechstagerennens in Berlin Besuch im Bundestag aus der Heimatgemeinde Velden.

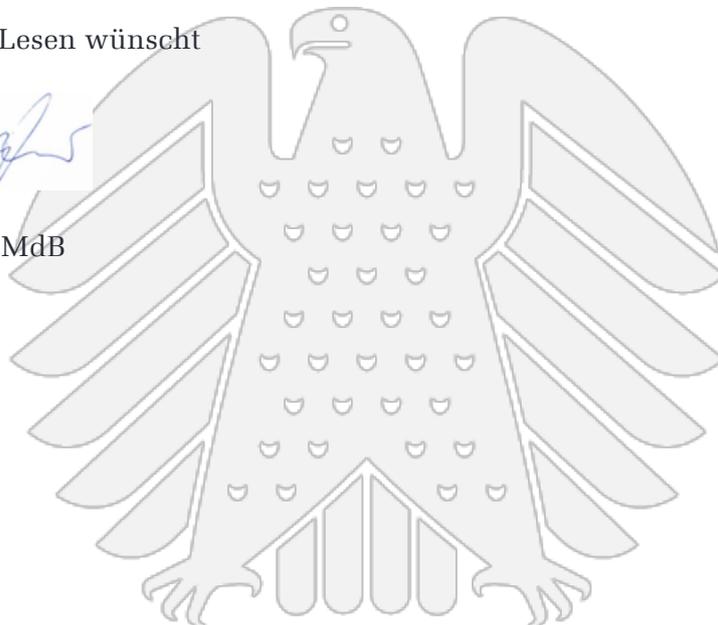




© Florian Obner MdB

Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihr Florian Obner MdB





Interview Die Welt

Müller: „Das Scheitern des Digitalpakts ist nicht ausgeschlossen“



© Tobias Koch

Seit drei Jahren diskutieren Bund und Länder über die Verteilung von fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen. Aktuell gibt es aber noch Klärungsbedarf zwischen Bund und Ländern, daher wurde ein Vermittlungsausschuss eingesetzt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU im Bundestag, Stefan Müller, sieht die Notwendigkeit, die Zuständigkeiten grundsätzlich neu zu ordnen.

Angeblich eilt die Digitalisierung. Doch den Schulen wird seit drei Jahren eine Milliarden-Investition versprochen. Haben wir also Zeit?

Im Gegenteil. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. In der Tat reden wir seit drei Jahren über die Frage, wie der Bund die Länder bei der wichtigen Frage der Digitalisierung in der Bildung unterstützen kann. Und wir kommen zu keinem Ergebnis. Das Gesetz liegt jetzt im Vermittlungsausschuss. Das Ziel muss sein, dass wir bis zur nächsten Bundesratssitzung am 15. Februar ein Ergebnis haben. Eltern, Schüler und Schulträger warten schon viel zu lange. Diese Debatte darüber, welche Rolle Bund und Länder haben und wer womöglich seine Kompetenzen überschreitet, versteht keiner mehr in der Bevölkerung. Wir müssen das beenden.



Wie kann eine Lösung aussehen?

Wir haben nicht nur ein Gesetz im Vermittlungsausschuss, sondern vier. Bei drei Gesetzen gibt es keinen Dissens. Die Länder haben keine Einwände bei den Themen sozialer Wohnungsbau, Gemeindeverkehrswegefinanzierung und Autobahngesellschaft. Aber ich sage auch klar, wenn wir beim Digitalpakt scheitern, dann wird auch aus den anderen Gesetzen nichts. Wir verhandeln alles als Paket. Es ist also Kompromissbereitschaft gefragt. Auf allen Seiten.

Woran hakt es denn?

Wir haben eine Änderung des Grundgesetzes geplant. Im Artikel 104c soll die Beschränkung auf finanzschwache Kommunen gestrichen werden. So können dann alle Kommunen unabhängig von ihrer Haushaltslage von den insgesamt fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen profitieren. FDP und Grüne haben aber darauf bestanden, dass der Artikel nun betont, dass der Bund Qualität und Leistungsfähigkeit der Schulsysteme sicherstellen soll. Das empfinden einige Länder als zu großen Eingriff in ihre Bildungshoheit. Ich teile zwar diese Auffassung nicht, aber wir können die Bedenken nicht ignorieren. FDP und Grüne sollten zum ursprünglichen Kompromiss zurückkehren und auf den Zusatz verzichten.

Auch die CDU mauert. Baden-Württembergs Kultusministerin meint, es brauche keine Grundgesetzänderung.

Damit steht sie weitgehend allein. Es gibt jedenfalls die mehrheitliche Einschätzung bei den Verfassungsrechtlern, dass es einer Grundgesetzänderung bedarf. Erst sie schafft die nötige Rechtssicherheit und sorgt dafür, dass der Bund Verantwortung übernehmen kann. Nur mit einem Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern geht das nicht.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder sagt, wegen zwei Tablets gebe man die Souveränität nicht auf. Hat er verstanden, worum es geht?

Es geht ja nicht darum, dass der Bund die Schulen mit Hardware versorgen will. Es geht um die Schaffung von Infrastruktur, von WLAN, von Anschlüssen, von Glasfaserversorgung. Es ist Sache der Länder, ob sie mit dem übrigen Geld Hardware wie Tablets finanzieren. Die Länder müssen aber gleichwohl akzeptieren, dass der Bund Kontrollrechte bekommt. Bei einem solchen Finanzvolumen ist es nur nachvollziehbar, dass der Bund auch wissen will, wohin das Geld geht. Die Länder beteuern, dass sie das Geld rechtmäßig ausgeben wollen. Wenn dem so ist, dann können sie das auch nachweisen. Solche Kontrollrechte sind nichts Neues, die sieht das Grundgesetz längst vor. Insofern kann ich die Klage der Länder darüber nicht nachvollziehen.



Und warum vertraut der Bund nicht dem Wort der Länder?

Wir haben da schlechte Erfahrungen gemacht. Der Bund hat vor einigen Jahren die Finanzierung des BAföG komplett übernommen. Es gab dazu eine politische Vereinbarung mit den Ländern, dass die das frei werdende Geld in Schulen und Hochschulen stecken. Letztlich ist das längst nicht überall geschehen. Wir brauchen also mehr als nur einen politischen Handschlag.

Die Länder sperren sich dagegen, die Maßnahme hälftig zu kofinanzieren. Sind Sie zu Zugeständnissen bereit?

Es werden alle Themen im Vermittlungsausschuss ausführlich zur Sprache kommen. Auch die Kofinanzierung. Allerdings haben wir alle ein gemeinsames Interesse, die Digitalisierung an den Schulen voranzubringen. Aus diesem Interesse leitet sich für mich ab, dass natürlich auch die Länder ihren finanziellen Anteil leisten müssen. Deshalb können wir auf die Kofinanzierung nicht verzichten. Wer dann welchen Anteil übernimmt, darüber kann man reden.

Der Bund macht den Ländern ein großzügiges Angebot. Fünf Milliarden Euro für fünf Jahre. Die Länder behalten die Verantwortung für die Lehrpläne, die pädagogischen Konzepte und die Aus- und Fortbildung der Lehrer. Aber wenn es bei dieser Kompromisslosigkeit bleibt, die wir derzeit erleben, halte ich das Scheitern des Digitalpakts nicht für ausgeschlossen.

Braucht es eine Föderalismusreform?

Markus Söder hat ja als künftiger Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz schon entsprechende Vorschläge gemacht. Ich halte es jedenfalls für geboten, sich die Zuständigkeiten noch einmal genauer anzusehen. Offenbar haben die bisherigen zwei Reformen nicht zu einer klaren Lösung geführt. Das könnte aber auch heißen, dass der Bund bereit ist, Zuständigkeiten abzugeben, wenn die Länder ihre Aufgaben dann besser erfüllen können. Aber umgekehrt muss es natürlich auch heißen, dass wir auf Bundesebene weniger Gesetze bekommen, bei denen die Länder zustimmen müssen und wir uns so langwierige Vermittlungsverfahren sparen können.

Vor dem Hintergrund, dass wir immer mehr bunte Koalitionen in den Ländern haben, spricht einiges dafür, dass wir solche Situationen wie jetzt beim Digitalpakt künftig vermeiden sollten. Eine Reform der Zuständigkeiten kann da helfen.



Grüne Woche

Positive Bilanz für die Grüne Woche



© Messe Berlin GmbH

Am Sonntag ist in Berlin die Grüne Woche zu Ende gegangen. Erneut waren rund 400.000 Besucher auf der weltweit größten Messe für Ernährung und Landwirtschaft. Deutschlands ländliche Räume zeigten sich von ihrer besten Seite, allen voran der Freistaat Bayern.

Deutschland ist das Land der Regionen - zwei Drittel aller Deutschen leben auf dem Land. Die Land-, Forst und Ernährungswirtschaft ist der viertgrößte Wirtschaftssektor in Deutschland, wie in keinem anderen Sektor treffen hier Innovation und Tradition aufeinander. Entsprechend vielfältig waren auch die Aussteller und Inhalte der Grünen Woche. Diese reichten von digitaler Landwirtschaft, ausgewogener Ernährung und nachhaltigem Konsum über Tierwohl und Verbraucherschutz. Insgesamt waren auf der Grünen Woche dieses Jahr 1.750 Aussteller aus 61 Ländern zu Gast. Auch die Bundesländer waren mit eigenen Länderhallen auf der Messe vertreten, allen voran der Freistaat Bayern.

Rund um einen Biergarten präsentierten sich in der Bayernhalle zahlreiche bayerische Spezialitätenhersteller sowie touristische Anbieter aus den verschiedensten Regionen – vom Berchtesgadener Land über das Altmühltal bis hin zur Genussregion Oberfranken. Bayerische Musik- und Trachtengruppen mit über 1.000 Mitwirkenden präsentierten



mehrmals täglich bayerisches Brauchtum. Auch Alexander Dobrindt, der Vorsitzende der CSU im Bundestag, machte sich auf der Grünen Woche ein Bild von der Bayernhalle. Während seines mehrstündigem Rundgangs vergangenen Dienstag kam er mit unzähligen Ausstellern und Besuchern ins Gespräch. Auch traf sich Dobrindt mit Walter Heidl, dem Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes. Die enge Verbundenheit mit den Landwirten in unserem Land ist ein Markenkern der CSU im Bundestag und uns daher besonders wichtig.

Gedenkstunde

Bundestag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus



© picture alliance / Michael Kappeler / dpa

Am Donnerstag sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zusammengekommen, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Neben Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sprach der Holocaust-Überlebende Professor Saul Friedländer im Rahmen der Gedenkveranstaltung. Er betonte in seiner Rede, dass die Verteidigung des Existenzrechts Israels eine moralische Verpflichtung sei.



Am Donnerstagmorgen, dem 31. Januar 2019, ist der Bundestag zusammenkommen, um den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus zu begehen. Als Gastredner war Saul Friedländer eingeladen. Der 86-Jährige war als Sohn jüdischer Eltern in Prag als Pavel Friedländer geboren worden. Friedländer überlebte den Holocaust, seine Eltern wurden in Auschwitz getötet. Nach dem Krieg ging Friedländer nach Israel, ist seit Jahrzehnten angesehener Professor für Geschichte. Zum Auftakt der Gedenkveranstaltung richtete Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble mahnende ans Plenum.

Keine Nation kann sich ihre Geschichte aussuchen oder sie abstreifen

"Man findet den Begriff Holocaust im Grundgesetz nicht, aber das von Deutschen begangene Menschheitsverbrechen hallt in dieser Verfassung unüberhörbar nach: In den Grundrechten, die das Individuum vor staatlicher Willkür schützen, im rechtlichen Fundament einer wehrhaften Demokratie, um nicht zuzulassen, dass noch einmal demokratische Freiheiten für die Zerstörung der freiheitlichen Demokratie missbraucht werden", betonte der Bundestagspräsident. Keine Nation könne sich ihre Geschichte aussuchen oder sie abstreifen. "Geschichte ist die Voraussetzung der Gegenwart und der Umgang mit ihr ist die Grundlage der Zukunft jedes Landes", so Schäuble. Aus der deutschen Schuld erwachse unsere Verantwortung nicht vergessen zu dürfen, um die Menschen zu ehren, die ihr Leben verloren haben, um ihnen ihre Würde zurückzugeben. Um unserer selbst willen. "Erinnerungskultur ist deshalb auch nicht allein Sache der Zivilgesellschaft, sie gehört mit zu den staatlichen Aufgaben. Wer daran rütteln wollte, legt an Hand an die Grundfesten unserer Republik", bekräftigte der Bundestagspräsident.

Saul Friedländer richtete sehr emotionale Worte an die Abgeordneten – in Deutsch, der Sprache seiner Kindheit, die er über viele Jahre vergessen hatte. "Am 30. Januar 1939, also gestern auf den Tag genau vor 80 Jahren, erklärte Hitler im Reichstag, wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde sein und damit der Sieg des Judentums, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa", erinnerte Friedländer. Viele gewöhnliche Deutsche hätten bereits 1942 gewusst, was Hitlers Prophezeiung bedeutete. Ein Artikel in der Niedersächsischen Tageszeitung im Februar dieses Jahres über eine von Hitlers Reden trug die Überschrift 'Der Jude wird ausgerottet'. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Nazis die Juden schon zu Hunderttausenden in den Konzentrationslagern im Osten ermordet.

Israel ist ein Gefühl der Heimat und der Zugehörigkeit

Friedländer erinnerte an sie, aber auch seine Familiengeschichte ist exemplarisch für das, was Millionen Juden in Europa geschah. Friedländers Eltern mussten nach Frankreich fliehen, als Friedländer sechs Jahre alt war. Dort wurde aus ihm Saul. Als Saul zehn Jahre war, gaben die Eltern ihren Sohn zu seinem Schutz erst in ein Kinderheim, dann in ein Priesterseminar. Dort konvertierte Saul zum Christentum. Seine Eltern wollten in die sichere Schweiz, doch die Flucht missglückte. Sie wurden im November 1942 nach



Ausschwitz deportiert, sein Vater gleich ermordet, die Mutter starb wenige Monate später.

Nach dem Krieg blieb Saul Friedländer noch einige Zeit in Frankreich, bevor er im Juni 1948 nach Israel ging. "Für mich und für meine Generation europäischer Juden, was von ihr übrig geblieben war bedeutete Israel damals eine Heimat, ein Gefühl von Zugehörigkeit und das ist es für mich letztlich bis zum heutigen Tag – ungeachtet meiner Kritik an der Politik seiner Regierung", so Friedländer

Die Verteidigung der Existenz Israels sei eine moralische Verpflichtung, auf die man in dieser Zeit, in der bei der extremen Rechten und extremen Linke die Existenz Israels wieder in Frage gestellt werde, hinweisen müsse.

Friedländer habe gezögert, vor dem Bundestag zu sprechen. Warum er die Einladung angenommen hat: "Weil ich wie viele Menschen weltweit im heutigen Deutschland ein von Grund auf verändertes Deutschland sehe. Dank seiner langjährigen Wandlung seit dem Krieg ist Deutschland eines der starken Bollwerke gegen die Gefahren geworden", begründete der Historiker. "Wir alle hoffen, dass sie die moralische Standfestigkeit besitzen weiterhin für Toleranz und Inklusivität, Menschlichkeit und Freiheit, kurzum für die wahre Demokratie zu kämpfen", so Friedländer.

Impressum

Herausgeber: Florian Ossner MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71 999

E-Mail: florian.ossner@bundestag.de

Fax: 030 / 227 76 999

